

Antrag der Fraktionen der SPD und der CDU

Wirtschaftliches Betreibermodell für Jugendfreizeitheime

Jugendarbeit hat in Bremen eine hohe politische Bedeutung. In der vergangenen Legislaturperiode wurde die politische Wertschätzung der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit u. a. durch die Aussetzung der Kürzungsquoten unterstrichen.

Die Einführung von Stadtteilbudgets sowie die Einbindung insbesondere der jungen Menschen in die Entwicklung der Kinder- und Jugendarbeit gilt als modellhaft für die Verlagerung von Verantwortungen und Partizipation.

Allerdings konnten die jeweiligen Budgets nicht entsprechend der Kostensteigerung erhöht werden. Außerdem hat der Einstellungsstopp für das Ressort Jugend und Soziales zur Einschränkung der Leistungsfähigkeit in der stadtteilbezogenen Kinder- und Jugendarbeit geführt:

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, ein Konzept für den wirtschaftlichen Betrieb von Jugendfreizeitheimen zu entwickeln, in dem u. a. auf folgende Punkte eingegangen wird:
 - Vorschläge im Zusammenhang mit dem Anpassungskonzept für Jugendarbeit im Hinblick auf Kooperationsmöglichkeiten, eine bedarfsorientierte Angebotspalette, Personalausstattung, Finanzierung, mögliche Drittmittelakquisition etc.;
 - Verbesserung der wirtschaftlichen Effizienz und Effektivität beim Betrieb der Jugendfreizeitheime durch wirtschaftlichere Trägermodelle, gegebenenfalls unter Beteiligung privater Träger;
 - höhere Transparenz hinsichtlich des für die Einrichtungen im jeweiligen Stadtteil verfügbaren Finanzvolumens;
 - eine die pädagogische Profilbildung unterstützende und fördernde Personalentwicklung;
 - Möglichkeiten zur Selbstöffnung der Einrichtungen oder Teilen der Einrichtungen;
 - eigenverantwortliche Verwaltung von Teilbudgets durch die Jugendlichen zur Gestaltung und Finanzierung spezieller Angebote.
2. Die Stadtbürgerschaft erwartet die Vorlage des Konzeptes in der Sitzung der Stadtbürgerschaft im März 2004.

Frank Pietrzok, Jens Böhrnsen und Fraktion der SPD
Michael Bartels, Jörg Kastendiek und Fraktion der CDU